

SPD-Kreistagsfraktion | Coesfelder Str. 53, 48249 Dülmen
Landrat des Kreises Coesfeld
Dr. Christian Schulze Pellengahr
Friedrich-Ebert-Str. 7
48653 Coesfeld

20. Januar 2021

Anträge zum Kreishauhalt 2021

Sehr geehrter Herr Dr. Schulze Pellengahr,

hiermit senden wir Ihnen zwei Anträge zum Kreishaushalt 2021 für die Beratungen im Jugendhilfeausschuss sowie für die weiterfolgenden Haushaltsberatungen zu.

Mit freundlichen Grüßen



Johannes Waldmann
Fraktionsvorsitzender



Anke Pohlschmidt
stellv. Fraktionsvorsitzende



Hermann-Josef Vogt
Schatzmeister

Anlagen

Anpassung der Elternbeitragssatzung

Zusätzliche Mittel zur Prävention gegen Gewalt an Kindern und Jugendlichen

Antrag:

Anpassung Elternbeitragssatzung

Beschlussvorschlag

Die Elternbeitragssatzung wird zum nächsten Kita-Jahr angepasst, und es werden für die Einkommensstufen 2, 3 und 4 ebenfalls keine Beiträge erhoben.

Begründung

Die Folgen der Corona Krise werden nach der Bewältigung der akuten Gesundheitskrise noch weiter bei vielen Menschen spürbar sein. Viele Familien mit geringen Einkommen spüren die Folgen der Krise jetzt schon. Eine Ausweitung der Gebührenfreiheit im Kita-Bereich ist sinnvoll, weil so die Familien spürbar entlastet werden und die Eltern in die Lage versetzt, den tatsächlich benötigten Stundenumfang in Anspruch zu nehmen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass diese Entlastungen finanziert werden können.

Antrag

Zusätzliche Mittel zur Prävention gegen Gewalt an Kindern und Jugendlichen

Beschlussvorschlag

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in enger Kooperation mit den weiteren Akteuren (u. a. Kommunen, Jugendämter, Runder Tisch gegen Gewalt an Frauen und Kindern, Kreispolizeibehörde, Kommunale Präventionsketten mit dem Deutschen Kinderschutzbund, Schulsozialarbeit etc.) sich zum Themenkomplex „Gewalt an Kindern und Jugendlichen“ weiter zu vernetzen und die Bedarfe zu prüfen, inwieweit hier künftig ggf. bestehende Angebote angepasst, fortentwickelt und erweitert werden müssen.
2. Um diesem Beschluss Rechnung zu tragen und ihn umsetzen zu können, ist eine Erhöhung dieser Haushaltsstelle von 150.000 € erforderlich.
3. Zudem wird ein Bericht zum aktuellen Stand der Umsetzung des oben genannten Beschlusses im nächsten Jugendhilfeausschluss beantragt.

Begründung

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor jeglicher Art von Gewalt ist uns allen wichtig und gerade auch in (und nach) der Corona Krise eine große Herausforderung und nicht aufschiebbar.

Ein Netzwerk mit allen oben angesprochenen Akteuren zu schaffen, ist der beste Weg, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Dies hat sich auch kreisweit in anderen sozialen Bereichen bewährt.